

**Resolution zur Vorlage
bei der
Vertreterversammlung
am 03.12.2022**



Politische Verantwortung übernehmen: Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützen

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben während der Corona-Pandemie weitgehende Einschränkungen hinnehmen müssen, die in ihrer psychosozialen Entwicklung teilweise zu Still- und Rückständen geführt haben. Hinzu kommen Belastungen durch Krankheitsängste und Krankheitsfolgen. Zudem wirken sich weitere bedeutsame Krisen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus und bringen weitere psychosoziale Belastungen für Familien mit sich: die Energiekrise in der Folge des Ukraine-Kriegs sowie die sich weiter zuspitzende Klimakrise.

Diese vielfältigen Belastungen und ihre Auswirkungen auf die psychische Gesundheit sind auch in einer aktuellen Stellungnahme des Deutschen Ethikrats¹ beschrieben worden. Der Ethikrat empfiehlt nachdrücklich, „die Versorgungssituation junger Menschen, die in Krisensituationen psychische Probleme entwickeln, schnell und nachhaltig zu verbessern“ und macht konkrete Vorschläge dazu.

Wir haben solche Vorschläge zur Verbesserung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Hinblick auf die Pandemiefolgen seit Ende 2020 wiederholt gemacht und an die Politik herangetragen². Wir sehen nun die prognostizierte Zunahme von psychischen Belastungen und psychischen Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter. Insbesondere bei bereits vorbelasteten Kindern und Jugendlichen sowie solchen, die unter schwierigen familiären und finanziellen Bedingungen aufwachsen, können die o.g. zusätzlichen Krisen zu einer weiteren erheblichen psychischen Belastung bis hin zu einer psychischen Erkrankung beitragen.

Die bislang durch die Bundesregierung aufgesetzten Förderprogramme für Kinder und Jugendliche und ihre Familien können den entstandenen Bedarf nur marginal abdecken. Hinzu kommt, dass die pandemiebezogenen Programme im Jahr 2023 weitestgehend auslaufen werden. Psychosoziale Aspekte wurden darin zu wenig berücksichtigt.

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz fordert die Politiker*innen auf Landes- und Bundesebene auf, den Fokus ihres Handelns wieder verstärkt auf die

¹ www.ethikrat.org/mitteilungen/mitteilungen/2022/ethikrat-kinder-jugendliche-und-junge-erwachsene-in-gesellschaftlichen-krisen-nicht-alleinlassen/

² z.B. www.lpk-rlp.de/detail/corona-und-psychische-gesundheit-auswirkungen-und-versorgung.html

Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zu legen und auch langfristig die Fortführung von etablierten psychosozialen Maßnahmen und Projekten in bereits bestehenden Netzstrukturen zu erhalten und auszubauen. Hier bedarf es insbesondere auch weiterer niederschwelliger und präventiver Angebote im Lebensalltag, um Kinder und Jugendliche in psychosozial schwierigen Lebenssituationen zu erreichen.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserung der ambulanten und stationären psychotherapeutischen Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss zügig umgesetzt werden. Der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister hat sich mit einem entsprechenden Appell³ zur ambulanten Versorgung im November 2022 an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gewandt.

Wir unterstützen die Forderungen des Ethikrats an Karl Lauterbach nach einem Nationalen Gipfel zu Psychischer Gesundheit, zu dem wir als Profession, die maßgeblich die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland stemmt, fachlich beitragen möchten.

³ www.lpk-rlp.de/news/detail/minister-hoch-fordert-in-brief-an-lauterbach-mehr-psychotherapieplaetze.html